



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

I., H.: Kolonialpolitik

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Kolonialpolitik

In der Reichstagsitzung vom 25. April standen die Eisenbahn Dar es Salam-Mwogoro und die Togobahn zur Verhandlung. Bei jener handelt es sich um eine Zinsengarantie von drei Prozent auf $18\frac{3}{4}$ Millionen Mark nebst einer Amortisationsquote, zusammen 636 000 Mark jährlich, die zum erstenmal am 1. Juli 1908, also nach vier Jahren, in Kraft treten müßte. Für die Togokolonie (Eisenbahn von Lome nach Palime) soll eine mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinsliche Anleihe von 8 Millionen Mark zu Lasten der Kolonie aufgenommen werden, für die Verzinsung und die Tilgung soll das Reich die Garantie übernehmen. Der Reichstag hat bei dieser Gelegenheit die afrikanische Eisenbahnfrage in jeder Richtung zum so und sovieltenmal erörtert, diesmal zum Glück unter dem Eindruck des Hereroaufstandes. Bekommen wir endlich die ostafrikanische Bahn, so wäre es ein Unrecht, wollte man nicht den Hereros auf dem Platze vor dem Bahnhofsgebäude in Dar es Salam ein Denkmal errichten; ihre Schandtaten sind beredter und wirksamer als alle Argumente der Regierung. Diesen haftet leider auch jetzt noch die Schwäche an, die für unsre Afrikapolitik so charakteristisch und — wie der Hereroaufstand leider zeigt — so folgenreich ist. In der vorigen Legislaturperiode ist diese ostafrikanische Eisenbahn bekanntlich unerledigt geblieben, obwohl von ihr das Sein oder das Nichtsein der Kolonie abhängt, die ohne die Eisenbahn zu irgend einem größern Aufschwung und damit zu einer Rentabilität nicht gelangen kann. Leider hat die Kolonialabteilung inzwischen aus einer Anregung in der vorjährigen Kommissionsberatung Anlaß genommen, die Spurweite von 1,068, wie sie im vorigen Jahre geplant war, auf 0,75 Meter herabzusetzen, obwohl sich die Baukosten damit nur um ein Fünftel, d. h. um ungefähr 2600 000 Mark verringern, und für das Reich dabei doch nur die dreiprozentige Zinsengarantie mit 78 000 Mark in Betracht kommt. Muß eines Tags — und das wird je früher desto lieber unvermeidlich sein — die größere Spurweite hergestellt werden, so dürften, ganz abgesehen von der Betriebsstörung, die Kosten viel größer sein, weil wir zum Beispiel nach zehn Jahren voraussichtlich weit höhere Löhne und Materialpreise haben werden, vielleicht auch höhere Schiffsfrachten. Höchstens käme in Betracht, daß der Material-

transport auf der Bahn selbst etwas billiger wäre als jetzt beim Neubau, und daß man dann zunächst ein zweites Gleis in der Normalspur legen könnte, nach dessen Fertigstellung das ältere erweitert würde. Dieser Umstand fällt aber doch kaum ins Gewicht gegenüber der Tatsache, daß die Engländer alle ihre afrikanischen Bahnen mit der Kapspur bauen, und daß unsere Bahn Swakopmund-Windhuk, dort „das Bähnchen“ genannt, soeben hinreichend erwiesen hat, wie erbärmlich es mit der Leistungsfähigkeit einer solchen Bahn im Ernstfalle bestellt ist. Ein zweites Mittel, dem Reichstage die Vorlage annehmbarer zu machen, ist die Verheißung, daß durch die Eisenbahn eine Schutztruppenkompagnie mit 130 000 Mark jährlich gespart werden könnte! Kaiser Wilhelm der Erste hat seinerzeit mit vollem Nachdruck vor der Gefahr gewarnt, die darin liegt, „mit einer wohlfeilen Heeresverfassung zu prangen, die dann in der Stunde des Ernstes verfaßt.“ Nur um der leidigen Ersparniswirtschaft willen war man auch eben in Südafrika drauf und dran, eine Schutztruppenkompagnie eingehen zu lassen und durch Eingeborne zu ersetzen, als die Hereros dieses Kartenhäus über den Haufen warfen. Wir halten in Ostafrika auf 941 000 Quadratkilometer (das Deutsche Reich in Europa hat deren nur rund 541 000) bei einer zunehmenden Bevölkerung von sieben Millionen Menschen fünfzehnhundert schwarze Soldaten, zu denen noch etwas über zweihundert weiße Offiziere, Ärzte und Unteroffiziere kommen. Man denke sich dort einen ähnlich oder vielleicht noch besser kombinierten Aufstand an zwei oder mehr Stellen des Schutzgebiets, und das Rechenexempel ist fertig. Auch die Bahnen selbst, die Telegraphenlinien bedürfen dann des Schutzes. Die harte südwestafrikanische Lehre sollte doch auch den ärgsten Kolonialgegner überzeugt haben, daß eine Ersparnis an den für die militärische Sicherheit und Schlagfertigkeit nötigen Ausgaben die schlimmste ist, die überhaupt gemacht werden kann. Auch für Ostafrika besteht ja wohl die Idee von „dem Spazierstock, mit dem man durch das ganze Land gehen könne.“ Vielleicht heute noch und morgen auch noch. Aber eines Tags wird sich die Sicherheit, in die man sich eingewiegt hat, in das Gegenteil verkehren. Die Gefahr eines Aufstandes wird zunächst in dem Maße zunehmen, worin die europäische Besiedlung und Erschließung des Landes voranschreitet, und dadurch die Berührung der Weißen mit der schwarzen Bevölkerung häufiger wird. Damit wächst die Gelegenheit zu Reibungen und zu Zwistigkeiten, die Schwarzen werden begehrlischer, es bedarf dann nur einer Gelegenheit, eines bestimmenden Anlasses, und die Flamme des Aufruhrs lodert in weiten Gebieten auf. Was machen wir dann mit fünfzehnhundert Mann oder gar noch weniger, wenn man zugunsten der Eisenbahn, richtiger zur Beeinflussung des Reichstags, die Truppe kompagnieweise verringern will. Hoffentlich kommt die Regierung mit einem solchen Vorschlage nicht, und wenn der Gouverneur ehemals eine solche Möglichkeit zugegeben hat, wird er seine Ansicht inzwischen wohl korrigiert haben. Vestigia terrent. Die gesparten 130 000 Mark könnten eines Tags sehr teuer zu stehen kommen.

Man muß sich doch wundern, daß heute mitten im Hereroaufstande solche Argumente überhaupt noch möglich sind. Sie sind in der Tat eines großen

Reichs wenig würdig. Was würde man im englischen Unterhause sagen, wenn der Kolonialsekretär verspräche, eine Kompagnie Infanterie weniger in den Etat zu stellen, um eine Eisenbahn von achtzehn Millionen Mark oder gar nur die Zinsgarantie dafür bewilligt zu erhalten? Ein solcher Kolonialsekretär würde wahrscheinlich zum letztenmal vor dem Unterhause gestanden haben. Möge man endlich aufhören, sich für die Kolonien auf das aller kümmerlichste zu beschränken, sie verkümmern unter diesen Folgen und Nachwehen der kaiserlichen Angstlichkeitspolitik, der Erbschaft der *Vra Caprivi* und des Leitmotivs: je weniger Afrika, desto besser. Wohl mag der Reichstag einen großen Teil der Schuld tragen, aber doch nicht alle. Es kommt immer darauf an, wie die Dinge vom Regierungstisch aus behandelt werden. Der Reichstag hat den beiden Nachfolgern *Caprivis* zwei große Flottenvorlagen bewilligt, was zu *Caprivis* Zeit unmöglich gewesen wäre, er wird in längstens zwei Jahren eine dritte bewilligen. Woher dieser Unterschied? Weil ihm in offener würdiger Weise vollkommen reiner Wein eingeschenkt worden ist: das und das braucht das Land, das müssen wir haben, wenn wir in der Welt mit Ehren bestehn, wenn wir unsre Interessen pflegen, unsre Sicherheit schützen, die Lücke in unsrer nationaler Verteidigung schließen wollen. Die Marineverwaltung hat mit ihren Argumenten Glauben gefunden, es sind ihr große Summen auf viele Jahre hinaus bewilligt worden. In der Zwischenzeit hat Deutschland auch noch „seinen Platz an der Sonne“ gesucht und gefunden, Kiautschou ist der Marine zur Entwicklung überwiesen worden. Der Reichstag kargt auch dort nicht mit seinen Bewilligungen, und die dort in den Boden Deutsch-Chinas gesenkte Saat beginnt in weitem Umfange aufzublühen. Wie ein weitausgreifendes Fühlhorn streckt sich die deutsche Eisenbahn schon tief in die Provinz Schantung hinein, langsam aber stetig wächst sich Tsintau zu einer aufblühenden Niederlassung und einem zukunftsreichen Hafen aus.

Warum ist denn das alles mit Afrika so ganz anders? Von den westafrikanischen Besitzungen darf man hier absehen, Togo bedarf schon keines Reichszuschusses mehr, Kamerun braucht ungefähr noch eine und eine halbe Million. Auch dort ist es als der Weisheit höchster Schluß angesehen worden, daß man die Schutztruppe um eine Kompagnie vermindert in einem Augenblick, wo ein recht ernster Aufstand im Großgebiet die blutige Lehre aus Südwestafrika so nahelegt und die engere Berührung mit den volkreichen Stämmen und Städten im Innern eine doppelte Warnung sein sollte, die Macht zu sichern und zu vermehren, anstatt zu vermindern. Man muß sich wundern, daß sich der Reichstag auf diese Streichung einer Kompagnie überhaupt eingelassen hat, anstatt sie sofort wieder herzustellen. Kamerun wird auf 493 600 Quadratmeilen mit $3\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern geschätzt, es ist ein großes Wagnis, auf dieses große Gebiet mit seinen weiten Entfernungen fünf Kompagnien zu zerstreuen. Einem größern Aufstande, der uns auch dort nicht erspart bleiben wird, sind wir damit nicht gewachsen. Vielleicht ist die Gefahr weniger groß, weil der Weg von der Heimat nach Kamerun kürzer ist, aber die kompagnieweise Streichung an den Schutztruppen macht doch einen recht kümmer-

lichen Eindruck. Es ist kein Wunder, wenn tüchtige Männer, denen in so kleinlicher Weise die Arme gebunden werden, nicht im Kolonialdienst bleiben mögen. Ohne Macht hat noch kein Land Kolonien behauptet, und Macht ist das einzige Mittel, das die wilden Stämme in Gehorsam und Willigkeit erhält. Und nun gar in Kamerun, dessen Hinterland mit dichtbevölkerten Städten, mächtigen Herrschern und organisierten Staatseinrichtungen ein noch ganz anderer Gegner sein würde als der nomadisierende Herero mit seinen Rinderherden.

Die Marine hat dem Reichstag einen vortrefflich durchdachten, klaren und übersichtlichen, man darf sagen, durchsichtigen Organisationsplan vorgelegt. Diese Organisation erregt die Anerkennung und den Neid des Auslandes. Ob denn wohl für die Kolonien im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit Entwicklungspläne auch nur auf ein Jahrzehnt hinaus bestehen? Denn die Kolonien zu entwickeln, nicht nur sie zu „verwalten,“ ist die Aufgabe. Schon aus diesem Grunde möchten wir die unglückliche Kolonial-„Verwaltung“ endlich beseitigt sehen. Es soll nicht verwaltet, es soll im weitesten Sinne des Wortes „regiert“ werden, in dem alten Grundgedanken jeder verständigen Staatsleitung: *gouverner c'est prévoir*. Es sollten für die Kolonien feste Entwicklungspläne aufgestellt werden: Häfen und Eisenbahnen, Straßen und Wege, Telegraphen- und Postverbindungen. Ebenso für Kulturanlagen aller Art: Aufforstungen und Entwässerungen, wo sie Nutzen versprechen, Urbarmachung, Ansiedlung der Eingebornen, ihre Erziehung für diesen und für jenen Plantagenbau, für Baumwolle, Kaffee, Kakao usw. Dann die Schiffbarmachung der Flußläufe, Nothäfen, Brückenbau usw. Jeder Gouverneur muß in der Lage sein, sich auf ein Jahrzehnt hinaus ein Bild von dem zu machen, was er zu schaffen gedenkt, was überhaupt geschaffen werden kann. Dazu dann die Berechnung in Ausgaben und in Einnahmen. Daraus könnte man ein Bild davon gewinnen, was die Kolonien ungefähr innerhalb eines bestimmten Zeitraums noch beanspruchen können, und was von ihnen dafür zu erwarten ist. Nach diesen vom Reichstage, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in den Grundzügen zu genehmigenden Plänen müßten dann die Etatsvoranschläge aufgestellt werden, innerhalb des Etats aber sollte dann dem einzelnen Gouverneur möglichst freie Hand gelassen und das Hineinregieren von Berlin aus mit Vorschriften und Verordnungen auf das dringlichste und auf wichtige grundsätzliche Fragen beschränkt werden. Berlin muß sich zu den Kolonien nicht wie der Regierungspräsident zum Landrat oder dieser zu seinen Bürgermeistern, sondern wie der Kriegsminister zu den kommandierenden Generalen verhalten. Dann werden beide Teile, Gouverneur und Kolonialamt, zu der richtigen Stellung gelangen, vorausgesetzt, daß draußen der richtige Mann am richtigen Platze ist. Selbstverständlich hängt alle Entwicklung hauptsächlich von der Beteiligung des deutschen Kapitals ab. Aber diese wird um so sicherer in die Rechnung eingestellt werden können, wenn sie sich einer planmäßigen Arbeit auf bestimmte feste Ziele hin in den Kolonien gegenüberzieht. Zumal jetzt nach den Vorgängen in Südwestafrika wird das Kapital zunächst auf die Gewährleistung

der Ruhe und der Sicherheit in den Kolonien sehen und da wegbleiben, wo es diese nicht hinreichend vorhanden glaubt. Auch schon aus diesem Grunde ist das Reduzieren der Schutztruppen, nur um dem Etat ein schöneres Aussehen zu geben, so wenig empfehlenswert wie möglich. Ansiedler und Kapitalisten werden fortan schwerlich Schutzgebiete aufsuchen, in denen sie zu dem Umfang des militärischen Schutzes nicht volles Vertrauen haben. Die „Kompagnieersparnis“ — die wirklich stark an die heimische Montierungskammervirtschaft erinnert, wobei die Kammer, wenn recht lange „gespart“ worden ist, in der Regel abbrennt — sollte deshalb aus den Kolonialetats verschwinden. Keiner der betreffenden Beamten würde seine private Feuerversicherung herabsetzen, weil es in den letzten zehn Jahren bei ihm nicht gebrannt hat.

Nun ist auch noch der Kolonialrat vorhanden. In seiner jetzigen Zusammensetzung entspricht er seiner Aufgabe nicht. Leider ist ihm auch noch eines der einsichtigsten Mitglieder, Adolf von Hansemann, entrissen worden. Wer soll ihn ersetzen? Man hat Wert darauf gelegt, diesen Beirat aus angesehenen, unabhängigen Männern zu bilden, aber wie wenige sind darunter, die auch nur eine der Kolonien selbst gesehen, geschweige denn dort gedient haben oder dort ansässig waren. In dieser Richtung bedarf er der Ergänzung; an tüchtigen und geeigneten Persönlichkeiten dazu fehlt es wohl nicht. Hier tritt der große Unterschied gegen die Marine zutage. Diese hat für Kiautschou durchweg Männer, die Land und Leute genau kennen und wissen, was sie wollen und was sie sollen. Sie sind für ihren Posten vorgebildet, und auch im Reichsamt auf dem Leipziger Platz redet ihnen keiner hinein, der nicht China und die Chinesen kennt, es sind durchweg praktisch erfahrene Persönlichkeiten. Daß dies beim Kolonialamt nicht der Fall ist, vielleicht auch noch nicht der Fall sein kann, darin beruht die Schwäche seiner Stellung sowohl zu dem Reichstage wie zu den Gouverneuren. Auch da bedarf es wohl einer Organisationsänderung, eines Wechsels zwischen dem Dienst draußen und einer zeitweiligen Einberufung auf ein bis zwei Jahre zur Zentralstelle in Berlin, ein Verhältnis wie zwischen Generalstab und Frontdienst. Der jetzige Leiter der Kolonialabteilung hat sich mit großem Fleiß und redlicher Pflichttreue in sein neues und schweres Amt eingearbeitet, er hat die Welt gesehen, aber von unsern Kolonien kennt er wohl nur Samoa. Zunächst liegt der Schwerpunkt, d. h. die meisten Schwierigkeiten jedoch in den afrikanischen Besitzungen.

Die wirkliche Freude an den kolonialen Dingen ist im Reichstag sehr gering, wenigstens sind es nur wenig Mitglieder, die sich in solchem Sinne vernehmen lassen. Dazu kommt bei uns die starre Schranke des Fraktionswesens. In der französischen Kammer haben sich die Deputierten, die sich für die Kolonien interessieren, zur *groupe coloniale* zusammengeschlossen, deren Mitglieder sich nicht nur mit Fleiß und Hingebung den Kolonialangelegenheiten widmen, sondern sich auch in ihren Fraktionen bemühen, dort den in der Kolonialgruppe gefaßten Beschlüssen Anerkennung und Unterstützung zu verschaffen. Sollte die Bildung einer solchen freien kolonialen Vereinigung im Reichstage nicht möglich sein? Gewiß wäre sie möglich, wenn wir nur einige

Abgeordnete im Reichstage hätten, die draußen gewesen wären und über die kolonialen Fragen und Bedürfnisse aus eigener Anschauung Rede stehn und Zeugnis ablegen könnten. Da das nicht der Fall ist, so reden auch die kolonialfreundlichen Mitglieder nur auf Grund ihrer größern oder geringern Kenntnis des Stats und allenfalls des ihnen von anderer Seite zugegangnen Materials. Es sitzt kein Mitglied des Reichstags im Kolonialrat, kein Mitglied des Kolonialrats im Reichstage. Es ist wirklich auffallend, daß wir für unsre großen Reichsfragen: Heer, Flotte und Kolonien, keinen einzigen Sachverständigen im Reichstage haben: keinen einzigen General, keinen einzigen Admiral oder Kapitän zur See, überhaupt keinen Seeoffizier, und auch niemand, der in den Kolonien gelebt hat. Für die Armee ist immerhin eine Anzahl Abgeordneter vorhanden, die als aktive oder als Landwehroffiziere Feldzüge mitgemacht haben, aber von den zahlreichen im Ruhestande lebenden Generalen hat kein einziger ein Mandat; über den Rittmeister hinaus hat wohl kaum ein Mitglied des Hauses dem Heere angehört. Es ist das immerhin eine recht bemerkenswerte Erscheinung, die weder dem Lande noch dem Reichstage zum Nutzen gereicht. Nun hat in der Reichstagsitzung vom 25. dieses Monats kein geringerer als der erste Vizepräsident Graf Udo Stolberg-Wernigerode zwar seine Geneigtheit bekundet, die ostafrikanische Bahn zu bewilligen, sogar in der frühern Spurweite zu bewilligen, und er hat sich dabei mit voller Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt: wir haben die Kolonien einmal, folglich müssen wir sie auch entwickeln und tüchtig etwas hineinstecken, damit auch etwas herauskommt. Aber durch seine Rede klang doch der Seufzer, besser wäre es, wir hätten die Kolonien überhaupt nicht. Wir wären dann weniger verwundbar, brauchten keine so große Flotte. Die Diplomatie der alten Schule habe von den Kolonien nichts wissen wollen, eins ihrer Mitglieder habe geäußert: Wenn doch dieses unglückliche Samoa nie entdeckt worden wäre! Mit derselben Logik könnte man sagen: Wenn sich doch der Kurfürst von Brandenburg nie zum König von Preußen gemacht hätte, dann brauchten wir uns heute nicht den Kopf um Reichsfinanzen und Matrikularbeiträge zu zerbrechen. Es hat eine viel ältere und doch sehr tüchtige Diplomatschule gegeben, das waren die Berater des Großen Kurfürsten, die nicht die Hände rangen, als er seine Flotte schuf, oder als er den Major von der Groeben nach Westafrika sandte und das Fort Friedrichsburg bauen ließ. Noch älter war die Diplomatschule der Hanse, die kühn ihre Drlogwimpel entfaltete, leider ohne die Reichsflagge und ohne die Kaiserliche Standarte der damaligen Zeit. Hätten damals Reich und Kaisermacht die Seemacht der Hanse im Reichsinteresse zu verwerten verstanden — einen wie andern Verlauf würde die deutsche Entwicklung genommen haben! Sicherlich war es kein Zufall, sondern ein Schritt auf dem weltgeschichtlichen Wege unsers Volkes, daß zweihundert Jahre nach dem Tode des Großen Kurfürsten unsre Kriegsschiffe wieder auf dem Wellenpfade des Atlantischen Ozeans zur westafrikanischen Küste zogen, um dort den Adler zu entfalten, der inzwischen zum Adler des Deutschen Reiches geworden war. Mit dem Glauben an die Zukunft Deutschlands ist der Glaube an seine Flotte und

Flagge eng verbunden, von allen Idealen, die einst die Bewegung des Jahres 1848 getragen haben, stand die deutsche Flotte als Symbol der deutschen Einheit obenan.

Seit diesem vergeblichen Anlauf ist freilich ein halbes Jahrhundert und mehr verflossen, aber daran kann doch kein Zweifel sein, daß wenn im Jahre 1849 das Deutsche Reich durch eine starke Hand aufgerichtet worden wäre, wir uns noch ganz andre Plätze auf der damals noch unverteilter Erde gesichert haben würden. Auch „wenn das unglückliche Samoa nicht entdeckt worden wäre,“ der deutsche überseeische Handel und die deutsche Schifffahrt hätten doch eine Entwicklung genommen, die zu ihrem Schutze einer starken Flotte bedürfte, und diese wiederum bedürfte der Stützpunkte. Ehedem haben wir größern Wert auf die Kreuzer gelegt, die braven tüchtigen alten Kreuzerfregatten, die als Geschwader vor Kamerun und vor Sansibar erschienen sind, und die den wilden und den halbwilden Völkerschaften gegenüber genügten. Seitdem aber haben sich die Verhältnisse auf den Weltmeeren völlig anders entwickelt, Amerika und Japan sind mit Linienflotten erschienen, Rußland hat einen großen Aufschwung zur See genommen, England und Frankreich haben um die Wette Schiffe gebaut, die Welt ist um die Erfahrung zweier Seekriege, des chinesisch-japanischen und des spanisch-amerikanischen, reicher geworden. Da hat sich bald herausgestellt, daß der Kreuzer nur so viel bedeutet wie die Linienflotte, die hinter ihm steht. Angriffe auf die einzelnen Kolonien, sogar deren vorübergehende Okkupation, sind nicht zu verhindern. Die Entscheidung über den schließlichen Verbleib wird immer nur in einer großen Schlacht fallen, und diese können wir mit einer zu Lande für uns nicht erreichbaren Seemacht doch nur auf der See schlagen. Heute liegt die Verteidigung der Heimatküsten draußen auf dem Meere. Dazu brauchen wir die größere Flotte, nicht der Kolonien wegen, die gegen einen ernsten Angriff einer starken feindlichen Macht doch vorläufig nicht verteidigt werden können. Ihr Schicksal wird von der schließlichen großen Entscheidung in Europa oder auf dem Meere abhängen, für diese müssen wir stark genug sein. Das ist der Sinn und die Bedeutung aller Flottenvorlagen. Von den Kolonien nimmt zunächst nur Kiautschou als großer Marinestützpunkt die Flotte mehr in Anspruch, später wird es auch die Südsee (Samoa) tun, während für Afrika immer eine Anzahl Kreuzer genügen wird. Die Kolonien aber brauchen wir als eine starke Zahl in der Rechnung unsers Wirtschaftslebens und unsers wirtschaftlichen Gedeihens. Dazu ist freilich nötig, daß sie sich reichlich entwickeln. Diese Entwicklung zu fördern und zu pflegen, ist der Reichstag berufen, und es steht zu hoffen, daß er sich dieser Aufgabe nicht mehr entziehen wird, sobald man sie in großer planmäßiger Arbeit von ihm fordert. Es ist endlich hohe Zeit dazu.

H. J.

